

N I E D E R S C H R I F T

über die 11. Sitzung des Hauptausschusses der Stadt Gummersbach am 13.04.2011 im Fachausschusssitzungssaal, Rathausplatz 1, 51643 Gummersbach.

Die Mitglieder des Hauptausschusses waren durch die fristgerechte Einladung einberufen. Der Vorsitzende stellt bei Eröffnung der Sitzung fest, dass gegen die ordnungsgemäße Einberufung Einwendungen nicht erhoben werden. Der Hauptausschuss ist nach der Zahl der erschienenen Mitglieder beschlussfähig.

Anwesend sind:

Bürgermeister Frank Helmenstein

Stimmberechtigte Mitglieder

1. stellv. Bürgermeister Jürgen Fritz Marquardt

Stadtverordneter Christoph Schmitz

Stadtverordneter Karl-Otto Schiwiek

Stadtverordnete Ilona Köhler

Stadtverordnete Bärbel Frackenpohl-Hunscher

Stadtverordneter Jörg Jansen

Stadtverordnete Helga Auerswald

Stadtverordneter Thomas Hähner

Stadtverordneter Dr. Ulrich von Trotha

Stadtverordneter Torsten Stommel (als Vertr. für stv. BM. Konzelmann)

Stadtverordneter Dipl.-Kfm. Reinhard Kretschmann (als Vertr. für Stv. Löwen)

Stadtverordneter Rüdiger Goldmann (als Vertr. für Stv. Häring)

Stadtverordnete Gabriele Müller (als Vertr. für Stv. Gerards)

Verwaltung

Bürgermeister Frank Helmenstein

Beigeordneter Peter Thome

StVwD. Ulrich Reichelt-Münster

StAR. Bernhard Ellerhorst

StI. Sarah Schmidt

Die Niederschrift führt: Schriftführer Sarah Schmidt

Sitzungsbeginn: 18:00 Uhr

Sitzungsunterbrechung: keine

Sitzungsende: 20:00 Uhr

T a g e s o r d n u n g :

Öffentlicher Teil :

- TOP 1 Niederschrift der letzten Sitzung**
- TOP 2 1211/2011
Interkommunale Zusammenarbeit mit der Gemeinde Marienheide im
Rahmen des Vergabewesens nach VOL und VOB**
- TOP 3 Mitteilungen – Presseveröffentlichungen zur Klage gegen den Kreis**

Nicht öffentlicher Teil :

- TOP 4 1274/2011
Bestellung einer Rechnungsprüferin für den Fachdienst 1.5
Rechnungsprüfung**
- TOP 5 Mitteilungen – Weitere Verfahrensweise Vergabeverfahren EKZ**

Öffentlicher Teil :

TOP 1

Niederschrift der letzten Sitzung

Es liegen keine Wortmeldungen vor.

Auszug:

TOP 2

1211/2011

Interkommunale Zusammenarbeit mit der Gemeinde Marienheide im Rahmen des Vergabewesens nach VOL und VOB

BM. Frank Helmenstein weist darauf hin, dass bereits eine vergleichbare Kooperation mit der Stadt Bergneustadt im Hinblick auf den Reinigungsdienst bestehe und durch die interkommunale Zusammenarbeit mit der Gemeinde Marienheide im Rahmen des Vergabewesens keine zusätzliche Einstellung erforderlich sei. Der anfallende Personalaufwand werde durch eine vorhandene Teilzeitkraft übernommen und die hierfür entstehenden Kosten von der Gemeinde Marienheide im Rahmen einer Pauschale erstattet.

Nachfolgender Beschluss wurde einstimmig gefasst.

Der Rat der Stadt beschließt, mit der Gemeinde Marienheide im Rahmen des Vergabewesens nach VOL und VOB interkommunal zusammenzuarbeiten, und stimmt dem Abschluss des der Originalniederschrift als Anlage 1 beigefügten Entwurfs der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zu. Der Beschluss erfolgt unter dem Vorbehalt der Genehmigung durch die Kommunalaufsicht.

Auszug:

TOP 3

Mitteilungen – Presseveröffentlichungen zur Klage gegen den Kreis

BM. Frank Helmenstein erläutert die Hintergründe der Beiträge von Oberberg Aktuell vom 12.04.2011 „Eiszeit: Helmenstein sauer auf Jobi und Biesenbach“ sowie der Oberbergischen Volkszeitung vom 13.04.2011 „Oberbergs kommunale Familie zutiefst zerrüttet“.

So sei eine Klage stets als Ultima Ratio angesehen und deswegen immer eine Einigung angestrebt worden. Leider hätten jedoch weder die im Arbeitskreis erarbeiteten Vorschläge noch die Aussprache im Finanzausschuss zu einer akzeptablen Kompromisslösung geführt.

Dass das vom Kreis initiierte Gutachten einer Klage geringe Erfolgsaussichten einräume, sei keine neue Erkenntnis. Allerdings müsse berücksichtigt werden, dass derzeit noch kein Urteil zu einem vergleichbaren Sachverhalt mit Eigenkapitalverzehr einer Kommune vorliege. Umso unverständlicher sei das Zurückweichen einiger Bürgermeisterkollegen von bisherigen Absprachen. Die interkommunale Solidarität sei ebenso wichtig wie die weiterhin gute Zusammenarbeit mit den Ratsmitgliedern mit Kreistagsmandat.

Die weitere Verfahrensweise hängt für BM. Frank Helmenstein zunächst von der Entscheidung der Regierungspräsidentin ab. Diese könne dem Haushaltssicherungskonzept des Kreises eine Genehmigung versagen, sie ohne Auflagen erteilen oder mit Auflagen - wie beispielsweise Einsparvorgaben - versehen. In jedem Fall stehe er jederzeit für Gespräche zur Verfügung um eine für alle Beteiligten gangbare Lösung zu finden.

Auszug:

Nicht öffentlicher Teil :

TOP 4

1274/2011

Bestellung einer Rechnungsprüferin für den Fachdienst 1.5 Rechnungsprüfung

Auszug:

TOP 5

Mitteilungen – Weitere Verfahrensweise Vergabeverfahren EKZ

Auszug:

Frank Helmenstein
Bürgermeister

Sarah Schmidt
Schriftführer